

AUS DEM

maxiMILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

NOVEMBER 2015



Verantwortung für die Menschen für die Zukunft für Bayern

RÜCKBLICK AUF DIE KLAUSURTAGUNGEN 2015 Wildbad Kreuth und Kloster Banz
STANDPUNKT von Thomas Kreuzer, MdL

BERICHTE AUS DER FRAKTION Themenschwerpunkte der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen
HIGHLIGHTS DES PARLAMENTSJAHRES

INHALT

VORWORT	3
KLAUSURTAGUNGEN:	
Wildbad Kreuth 2015	4
Kloster Banz 2015	6
Standpunkt von Thomas Kreuzer	7
Impressionen	8
THEMENSCHWERPUNKTE DER ARBEITSKREISE UND ARBEITSGRUPPEN:	
Beste Bildung	10
Starke Wirtschaft	11
Solidarische Gesellschaft	12
Verlässlicher Staat	13
Nachhaltige Umwelt und beste Gesundheit	14
Vielseitige Landwirtschaft	15
Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern	16
Frauen	17
Junge Gruppe	17
Vertriebene	17
Wehrpolitik	17
IMPRESSIONEN:	
Parlamentsjahr 2014/2015	18
IMPRESSUM	20



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der ersten Hälfte der Legislaturperiode haben wir unsere Wahlversprechen umgesetzt und Bayern vorangebracht. Unser Motto lautet: Verantwortung für die Menschen, Verantwortung für Bayern und Verantwortung für die Zukunft.

Verantwortung für die Menschen, das heißt für uns vor allem Verantwortung für unsere Familien. Von passgenauen schulischen Angeboten über die Wahlfreiheit der Eltern bei der Betreuung bis hin zur Nutzung der digitalen Möglichkeiten – in der Bildungs- und Familienpolitik setzen wir auf Qualität und Gerechtigkeit. Und wir bieten unseren Bürgern das sicherste Land Deutschlands. Seit Jahren hat Bayern die niedrigste Kriminalitätsrate und eine der höchsten Aufklärungsquoten.

Verantwortung für Bayern setzt eines immer voraus: solide Finanzen. Deswegen setzen wir die bayerische Tradition schuldenfreier Haushalte mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 fort und tilgen insgesamt eine weitere Milliarde Schulden. Gleichzeitig legen wir größten Wert auf einen bewussten Umgang mit unseren natürlichen Ressourcen, den Erhalt unserer gepflegten Kulturlandschaften und vitale ländliche Räume. Wir wollen ein Bayern, das hochwertig, nachhaltig und einmalig ist und auch für die kommenden Generationen lebenswert bleibt.

Verantwortung übernehmen wir auch für die Zukunft. Um die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Bayerns weiter voranzubringen, werden wir die digitalen Möglichkeiten voll ausschöpfen und Bayern zur Leitregion

des digitalen Aufbruchs machen. Und wir gehen neue Wege mit unserem Jahresthema „Moderner Staat“. Die Menschen erwarten heute einen noch bürgerfreundlicheren Staat, der vom Bürger aus denkend passgenaue Lösungen anbietet. Auf unserer nächsten Klausurtagung in Kreuth werden wir dazu ein umfassendes Konzept beschließen.

Wir als CSU-Fraktion werden immer bereit sein, tragfähige Lösungen anzubieten – auch in schwierigen Zeiten. Verantwortungsvolle Flüchtlingspolitik heißt für uns vorausschauende Politik, die alle Menschen im Blick hat, die Flüchtlinge wie auch unsere eigene Bevölkerung. Deswegen werden wir, bei aller erforderlichen und gebotenen Hilfe, die Grenzen der Aufnahmekapazität und Integrationsfähigkeit unseres Landes nicht aus den Augen verlieren. Gemeinsam haben wir in Kloster Banz eine Resolution beschlossen, mit dem Ziel, den Flüchtlingsansturm deutlich zu reduzieren und gleichzeitig die Integration zu verbessern.

Unsere Leidenschaft ist es, Verantwortung zu übernehmen, um den Menschen eine lebenswerte Heimat zu bieten. Einen Eindruck unserer vielfältigen und erfolgreichen Arbeit der letzten Monate finden Sie auf den folgenden Seiten.

Ihr



Thomas Kreuzer

Wildbad Kreuth 2015



Freistaat Bayern –
bürgernah – verlässlich –
innovativ

Mit unserer Winter-Klausurtagung in Wildbad Kreuth im Januar 2015 haben wir das Thema „Moderner Staat“ als Schwerpunkt für das Jahr 2015 auf die Agenda gesetzt. Bayerns Gesellschaft, Wirtschaft und internationale Vernetzung haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Rasante technologische Neuerungen, eine individuellere und damit auch facettenreichere Gesellschaft und eine Welt, die immer enger zusammenrückt, stellen den Staat vor immer neue Herausforderungen. Auch die Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik und die Verwaltung ändern sich angesichts der neuesten Entwicklungen. Aber gerade, weil wir ihnen auch in Zukunft einen leistungsfähigen und verlässlichen Staat gewährleisten möchten, müssen wir nicht nur einzelne Politikfelder, sondern auch die staatlichen Handlungsweisen auf den Prüfstand stellen, an veränderte Situationen anpassen und auf künftige Herausforderungen vorbereiten.

Was erwarten die Bürger vom modernen Staat

Im Mittelpunkt unserer Klausurtagung in Wildbad Kreuth stand deshalb zunächst die Frage, was Bayerns Bürgerinnen und Bürger von einem modernen Staat erwarten. Hierzu hatte die Fraktion eine repräsentative Um-

frage in Auftrag gegeben, deren Ergebnisse einen interessanten Einstieg in die Thematik gaben. So fühlt sich eine Mehrheit der Bürger durch Gesetze zu sehr eingengt. Gleichzeitig ist ihnen der Schutz vor Bedrohungen der inneren Sicherheit besonders wichtig. Nahezu alle Befragten wünschten sich auch eine bessere Information vor politischen Entscheidungen. Gemeinsam mit vielen renommierten Gästen, darunter Professor Udo Di Fabio, Richter des Bundesverfassungsgerichts a. D., Bundesminister Peter Altmaier, MdB, und der Vorsitzende des Netzwerks Atlantik-Brücke, Friedrich Merz, haben wir anschließend das Thema in unterschiedlichsten Dimensionen beleuchtet.

Blick über den Tellerrand

Seither hat sich die CSU-Fraktion den neuen Ideen und Möglichkeiten für modernes staatliches Handeln immer weiter genähert. Der Fraktionsvorsitzende Thomas Kreuzer, MdL, und die fachlich zuständigen Fraktionsmitglieder haben beispielsweise mit vielen Verbänden und Betroffenen in Bayern über die aktuellen Herausforderungen und mögliche innovative Lösungen von Seiten des Staates gesprochen. Aber nicht nur Bayern ist hier vorne dabei – Regierungen in der ganzen Welt befassen sich derzeit mit diesem zentralen Zukunftsthema. Exper-



Tagungszentrum Wildbad Kreuth

teninterviews in Deutschland, den USA, in Großbritannien, Dänemark, Estland und Singapur haben den Kernpunkt moderner staatlicher Handlungsweisen aufgezeigt: Politik und Verwaltung müssen sich wieder mehr auf den einzelnen Bürger zurückbesinnen und ihr Handeln noch besser auf ihn abstimmen. Möglich wird das durch neue, innovative Instrumente, die dem Staat heute etwa auch aufgrund der Digitalisierung zur Verfügung stehen. Auf einer gemeinsamen Informationsreise haben sich deswegen auch Fraktionsmitglieder und Journalisten von innovativen Best Practices aus den Bereichen Design Thinking, Verhaltensökonomie, Bürokratieabbau und e-Government selbst überzeugen können.

Auf der kommenden Klausurtagung im Januar 2016 wird die Fraktion zu diesem Schwerpunktthema ein Gesamtkonzept mit konkreten Lösungsvorschlägen vorstellen. Hierzu hat sich auch bereits die Bundeskanzlerin angekündigt. In den kommenden Wochen sollen nun noch mögliche Pilotprojekte gemeinsam mit Experten und Betroffenen aus Gesellschaft, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft erarbeitet und getestet werden – denn unsere Vorschläge zu modernem staatlichen Handeln sollen letztlich allen zugutekommen.

Weitere Resolutionen

In Kreuth 2015 verabschiedeten die CSU-Abgeordneten darüber hinaus zwei weitere

Entschlüsse. In der Resolution zum Thema Freihandel befürwortet die CSU-Fraktion weitere Verhandlungen zwischen EU und den USA mit dem Ziel eines „guten Vertrags“, der der Wirtschaft in Bayern – und damit der Bevölkerung – neue Chancen und Vorteile eröffnet und gleichzeitig die hohen bayerischen Qualitätsstandards sichert. In einer weiteren Entschliebung fordert die CSU-Fraktion als Reaktion auf den islamistischen Terror in Europa ein härteres Vorgehen gegen extremistische und islamistische Organisationen. In der Resolution mahnt die CSU-Fraktion zudem notwendige sicherheitspolitische Konsequenzen an. ■



FREISTAAT BAYERN
BÜRGERNAH-VERLÄSSLICH-INNOVATIV

Mehr Informationen zu
unserer Klausurtagung
finden Sie unter:
www.csu-landtag.de





Tagungszentrum Kloster Banz

Kloster Banz 2015

Verantwortung – für die Menschen – für die Zukunft – für Bayern

Wie können wir den enormen Flüchtlingsstrom in den Griff bekommen? Wie gelingt es uns, wirklich schutzbedürftige Flüchtlinge bestmöglich zu integrieren? Fragen wie diese diskutierte die CSU-Fraktion bei der diesjährigen Klausurtagung in Kloster Banz, die vom 22. bis 24. September die Flüchtlingskrise in den Mittelpunkt rückte. Dabei tauschten sich die CSU-Abgeordneten in Diskussionsrunden und Vorträgen mit Experten und Verantwortlichen aus dem In- und Ausland über gemeinsame Lösungen aus.

Die Verantwortung in den Kommunen und Städten, die weltweiten Krisen und ihre Auswirkungen auf Bayern sowie die kriminellen Machenschaften von Schlepperbanden – die Referenten verdeutlichten während der Arbeitstagung, wie facettenreich die Folgen des gewaltigen Flüchtlingsstroms sind. „Die aktuelle Flüchtlingsproblematik ist kein Rohrbruch, sie ist ein Hochwasser“, sagte Karel Schwarzenberg, ehemaliger Außenminister der Tschechischen Republik.

Im Fokus: Sicherheit im Nahen Osten
Nicht nur die Situation in Deutschland und Europa, auch die Sicherheitslage im Nahen Osten stand im Fokus. Dazu gab der langjährige ARD-Korrespondent Jörg Armbruster

einen umfassenden Überblick. „Die Situation im Irak und in Syrien, aber auch die Konflikte im Jemen und in Afghanistan könnten weitere Flüchtlingsströme auslösen.“ Der ungarische Premierminister Viktor Orbán sprach sich für konsequente Grenzkontrollen aus und unterstrich die Rolle Europas: „Wir haben hier eine historische Verantwortung von europäischem Ausmaß.“

Resolution zur Flüchtlingspolitik

Die CSU-Landtagsfraktion verabschiedete einstimmig eine Resolution, die auf die Eindämmung der Flüchtlingsströme bei gleichzeitiger Hilfe für die Schutzbedürftigen setzt. In den sechs Kernpunkten geht es darum, Kontingente für die Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlings festzulegen, die Außengrenzen effektiv zu schützen und die Schleuserkriminalität stärker zu bekämpfen. Außerdem sollen die Mittel aufgestockt werden, um Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen. Die Abgeordneten wollen zudem die Situation in den Flüchtlingscamps in den Krisenregionen verbessern.

Als weitere Kernforderung will die Fraktion Asylmissbrauch bekämpfen, indem Sach- statt Geldleistungen ausgegeben, die sicheren Herkunftsstaaen ausgeweitet, Asylverfahren

verkürzt und Rückführungen verstärkt werden. Um die Verantwortung in Europa sowie im Bund und in den Ländern geht es in einer weiteren Forderung: Flüchtlinge sollten europaweit verteilt und einheitliche europäische Leistungsstandards sowie EU-Asylzentren in Nordafrika eingeführt werden. Vom Bund erwartet die Fraktion eine schnellstmögliche Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen und insgesamt ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement. Auch will die CSU-Landtagsfraktion die Deutschkurse erheblich ausweiten und die Integration vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen verbessern. ■



Videos zur Klausurtagung
finden Sie auch auf:
www.youtube.com



Die CSU ist deutschlandweiter Taktgeber der Flüchtlingspolitik

Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, über die Resolution von Banz und die aktuellen Entwicklungen

Wenn eine Pressekonferenz der CSU-Landtagsfraktion von Kloster Banz aus deutschlandweit live auf mehreren Fernsehsendern übertragen wird, dann will das schon etwas heißen. Und es ist ein deutlicher Beleg, dass wir mit dem Mega-Thema „Flucht und Asyl“ auf unserer Herbstklausurtagung den Schwerpunkt genau richtig gewählt haben. In ganz Deutschland, ja sogar europaweit, sah man Ende September auf Kloster Banz. Besonders nah dran waren Grüne und SPD, die extra nach Oberfranken kamen, um dort ihre Hilf- und Sprachlosigkeit zu demonstrieren. Wir hingegen übernehmen Verantwortung. Angesichts der nach wie vor ungebremsten Flüchtlingsströme nach Bayern und Deutschland wird eines klar: Reden alleine hilft nicht, es müssen Taten folgen. Mit unserer Resolution „Flüchtlingszustrom eindämmen – Schutzbedürftigen helfen!“ haben wir von Banz aus ein Zeichen gesetzt: Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen, Verfahren beschleunigen und europäische Verantwortung einfordern sind nur drei der Forderungen, die wir im September von Bayern aus als deutschlandweiter Taktgeber der Flüchtlingspolitik geprägt haben. Und wenn inzwischen vom grünen Oberbürgermeister bis hin zum sozialdemokratischen Parteichef nicht mehr bestritten wird, dass Deutschland nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen kann, dann ist das auch ein Erfolg unserer Politik.

Es ist immer so: Die CSU erkennt die Zeichen der Zeit und legt konstruktive Forderungen vor: Begrenzung der Zuwanderung, Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten und Abschaffung falscher Anreize für Asylbewerber sind die besten Beispiele. Grüne und SPD auf Landes- und Bundesebene fielen jedes Mal über uns her, beschimpften uns als Scharfmacher und blockierten, wo es nur ging. Doch wie sieht es aktuell aus? Ausweitungen von Sach- zu Lasten von Geldleistungen, Albanien, Kosovo und Montenegro als sichere Herkunftsstaaten,

erleichterte Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern und noch weitere Kernforderungen der CSU haben den Bundesrat passiert und sind bereits in Kraft getreten. Grüne und SPD konnten sich unserer Politik der Vernunft nicht länger widersetzen. Hätten alle Parteien ein so gutes Ohr an den Bürgerinnen und Bürgern wie die CSU, wären nicht wertvolle Monate verschwendet worden. Wichtigste Aufgabe ist nach Auffassung der Menschen im Freistaat ganz klar die Bewältigung des Zustroms von Flüchtlingen. Das hat eine repräsentative Umfrage ergeben, die wir während unserer Klausurtagung vorgestellt haben.

Dazu gehört, dass nicht einfach jeder unkontrolliert nach Deutschland einreisen darf. Das kann ein Staat alleine schon aus Gründen der Sicherheit nicht akzeptieren. Vorschläge wie die Einrichtung von Transitzonen können hier Lösungsansätze sein. Die Opposition freilich verfiel sofort in ihr bekanntes Verhaltensmuster: Kaputt reden statt vernünftig prüfen. Dabei kann solch eine Jahrhundertaufgabe nur gemeinsam gelöst werden. Gemeinsam heißt aber auch, dass die Europäische Union und die Vereinten Nationen in der Pflicht sind. Wenn wir den Zustrom an unserer Grenze stoppen, wird das Problem in die Nachbarländer verlagert. Nötig sind daher auch Hilfsmaßnahmen direkt in den Krisenregionen und für die Flüchtlinge in sicheren Camps in Jordanien, der Türkei und anderen Ländern. Von dort aus können die Menschen wieder zurück in ihre Heimat, wenn die Bürgerkriege und Unruhen dort beendet sind. Denn nicht jeder Bürgerkriegsflüchtling kann dauerhaft in Europa aufgenommen werden, das muss allen klar sein. Und wer nach Europa kommt, der muss per Quote auf die verschiedenen Mitgliedsländer der EU verteilt werden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen. Aus unserer Verantwortung für Menschen auf der Flucht, aber auch aus Verantwortung für die Menschen, die hier leben. ■



1



2



3



4

WINTERKLAUSUR 2015 IN WILDBAD KREUTH

[1] Die Heimat mit der Welt vernetzen – unter diesem Motto stand die Diskussion mit Carsten Spohr und Thomas Klühr von der Lufthansa AG. [2] Prof. Dr. Armin Nassehi von der LMU München und Dr. Petra Bahr von der Konrad-Adenauer-Stiftung diskutieren mit den [3] Mitgliedern des Fraktionsvorstands über das Thema „Was bewegt die Mittelschicht?“. [4] Interview mit CSU-Fraktionschef Thomas Kreuzer vor der winterlichen Kulisse des Tagungszentrums. [5] Ankunft der Abgeordneten in Wildbad Kreuth. [6] Mit Friedrich Merz, ehemaliger Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, ging es unter anderem um das Thema TTIP.



5



6



7



8



9



10



11



12



13

[7] Heinrich Rentmeister von der Boston Consulting Group stellte anhand von Megatrends wie Digitalisierung oder demografische Entwicklung mögliche Kriterien für einen modernen Staat vor. [8] Durch neue Verfahren bei der Visualisierung geplanter Baumaßnahmen können Bürger im Vorfeld noch besser informiert werden. Ein Team um [9] Prof. Dr. Ernst Rank der TU München gab Einblicke in seine Projekte. [10] Prof. Dr. Udo Di Fabio, ehemaliger Richter des Bundesverfassungsgerichts, betonte in seinem Vortrag, dass ein moderner Staat die Eigenverantwortung der Bürger stärken und sie als Partner auf Augenhöhe wahrnehmen müsse. [11] Auch zu Gast in Kreuth: Bundesminister Peter Altmaier. [12] Guido Wolf, Spitzenkandidat der CDU Baden-Württemberg: „Bayern und Baden-Württemberg müssen gemeinsam als starke Kraft des Südens auftreten!“ [13] Ministerpräsident Horst Seehofer rief in seiner Grundsatzrede dazu auf, die große Zustimmung der Bevölkerung für die Arbeit der Staatsregierung als Auftrag zu begreifen, weiter Zukunft zu gestalten im Dienst für Bayern.



1

HERBSTKLAUSUR 2015 IN KLOSTER BANZ

[1] Nach dem Gespräch mit dem ungarischen Premierminister, Viktor Orbán, traten Ministerpräsident Horst Seehofer, Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer und der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Manfred Weber, gemeinsam mit Orbán vor die Presse. [2] Über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und ihre Auswirkungen auf die Zukunft referierte Jennifer D. Gavito, US-Generalkonsulin in München. [3] Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), ging auf die langfristigen Auswirkungen des Flüchtlingsstroms ein.



2



3



4



5



6



7

[4] Am Abend stellte sich unter dem Motto „Unser Bayern – hochwertig, nachhaltig, einmalig“ das bayerische Genusshandwerk vor: Metzger, Käser, Obst- und Gemüsebauer, Bäcker, Konditoren, Imker, Brenner, Brauer und Winzer präsentierten ihre Spezialitäten und luden zur Verkostung ein. [5] Karel Schwarzenberg, ehemaliger Außenminister der Tschechischen Republik referierte über die Flüchtlingsproblematik. [6] Die österreichische Bundesministerin für Inneres, Johanna Mikl-Leitner, möchte Entwicklungen hin zu einem „Asyl à la carte“ verhindern, denn „in Europa gibt es zwar ein Recht auf Asyl, aber sicherlich kein Recht, sich ein beliebiges Land auszusuchen“. [7] „Schleuser haben null Interesse am Leben der Flüchtlinge. Ihnen geht es nur ums Geschäft“, verdeutlichte Elmar Theveßen, stellvertretender Chefredakteur des ZDF, anhand von eindrucksvollen Zahlen und Erfahrungsberichten Betroffener.

Flüchtlingszustrom eindämmen – Schutzbedürftigen helfen!

Die Kernpunkte unserer Resolution im Überblick:

Flüchtlingszustrom eindämmen!

✓ Wir wollen Kontingente für die Zuwanderung von Bürgerkriegsflüchtlingen festlegen, die Außengrenzen effektiv schützen und die Schleuserkriminalität stärker bekämpfen.

Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpfen!

✓ Wir müssen die Mittel für die Fluchtursachenbekämpfung aufstocken und die Situation in den Flüchtlingscamps der Krisenregionen verbessern.

Asylmissbrauch abstellen und Verfahren verbessern!

✓ Wir wollen Asylmissbrauch durch Leistungskürzungen, Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten, kürzere Asylverfahren und verstärkte Rückführungen bekämpfen.

Europäische Verantwortung einfordern!

✓ Wir brauchen dringend eine europaweite Verteilung der Flüchtlinge, einheitliche europäische Leistungsstandards und EU-Asylzentren in Nordafrika.

Bund und Länder in die Verantwortung nehmen!

✓ Wir erwarten vom Bund eine schnellstmögliche Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen und insgesamt ein deutlich stärkeres finanzielles Engagement.

Bleibeberechtigte Flüchtlinge integrieren!

✓ Wir wollen die Deutschkurse erheblich ausweiten und die Integration vor allem in den Bereichen Bildung, Arbeitsmarkt und Wohnen verbessern.



Foto: Syda Productions @ shutterstock.com

Beste Bildung

Schwerpunkt Bildung

Bildung ist seit Jahren ein Schwerpunktthema in der Arbeit unserer Fraktion. Dies schlägt sich auch in Euro und Cent nieder. Inzwischen fließt mehr als jeder dritte Euro des Bayerischen Staatshaushaltes in die Bildung, in Schulen und Hochschulen. Wir investieren kraftvoll in die Zukunft unseres Landes. Mit Augenmaß und Weitblick arbeiten wir daran, unsere Schulen und Hochschulen weiterzuentwickeln. Dabei halten wir die richtige Balance: Aufgeschlossen gegenüber Neuem und auf dem Bewährten aufbauend.

Schulen in Bayern

Unser differenziertes Schulwesen bietet passgenaue schulische Angebote für ganz unterschiedliche Begabungen und gewährleistet gleichzeitig ein hohes Maß an Durchlässigkeit. Dieses durchlässige und anschlussfähige System entwickeln wir kontinuierlich weiter. Mit einem Bündel von Maßnahmen sind die Unterrichtsversorgung und die Lehrer-Schüler-Relation in Bayern heute auf einem hohen Niveau.

Schulbildung für Flüchtlinge

Wir stellen uns den Herausforderungen, vor denen wir und unsere Schulen durch den Zustrom der zahlreichen jungen Flüchtlinge und Asylbewerber stehen. Wir sind überzeugt: Deutsche Sprachkenntnisse sowie eine erfolgreiche Werteerziehung sind Schlüssel für eine gelingende Integration, beruflichen

Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Unsere Lehrerinnen und Lehrer in Bayern leisten Großartiges. Wir wollen die Schulen in ihrem beispielhaften Engagement stärken, um die Unterrichtsversorgung auch angesichts einer steigenden Zahl junger Menschen mit Fluchthintergrund an allen bayerischen Schulen sicherstellen zu können. Hierzu werden wir Mittel und Stellen für insgesamt 1.700 zusätzliche Lehrerstellen bereitstellen. Damit sind wir optimal gerüstet, um flexibel auf den massiven Zustrom reagieren zu können.

Weiterentwicklung des Ganztags

Wir garantieren, dass bis 2018 für jede Schülerin und jeden Schüler ein bedarfsgerechtes Ganztagsangebot besteht. Im Rahmen des „Ganztagsgipfels“ haben Freistaat und kommunale Spitzenverbände im März 2015 wegweisende Beschlüsse zur Weiterentwicklung der schulischen Ganztagsangebote gefasst. Sie greifen damit Vorschläge der „Projektgruppe Ganztag“ der CSU-Fraktion auf. Wichtigste Maßnahme ist die Einführung offener Ganztagsangebote in den Jahrgangsstufen 1 bis 4. Diese Angebotsform wird im Schuljahr 2015/2016 im Rahmen eines Pilotversuchs in 300 Gruppen erprobt und soll vom Schuljahr 2016/2017 an flächendeckend eingeführt werden.

Inklusion im Schulwesen

Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf eröffnen wir mehr Chancen. Sie ha-

ben grundsätzlich unbeschränkten Zugang zur Regelschule, das heißt die Eltern können zwischen Regelschule und Förderschule frei wählen. Für den inklusiven Unterricht wurden seit 2011 insgesamt 600 zusätzliche Stellen geschaffen, die sowohl Regel- als auch Förderschulen zugutekommen. Denn gerade die Förderschulen sind als Kompetenzzentren für eine gelingende Inklusion unverzichtbar.

Mittelstufe Plus

In einem zweijährigen Pilotversuch erproben ab diesem Schuljahr 47 Gymnasien in Bayern die Mittelstufe Plus. Hier erhalten die Schülerinnen und Schüler die Lernzeit, die sie individuell benötigen. Damit haben wir eine weitere Antwort gefunden, um auf die wachsenden Unterschiede im Leistungsvermögen und im Lernverhalten der Schülerinnen und Schüler zu reagieren.

Beste Studienbedingungen

Bayerns Hochschulen sind leistungsfähig und attraktiv: Mit mehr als 368.000 Studierenden zählt der Freistaat so viele Studierende wie nie zuvor. Über 50.000 Studienplätze wurden in den vergangenen Jahren neu geschaffen! Mit einem Ausbauprogramm im Volumen von 600 Millionen Euro können unsere Hochschulen nun weitere Studienräume auf einer Fläche von 175.000 Quadratmetern bereitstellen. ■



Oliver Jörg
AK Wissenschaft und Kunst



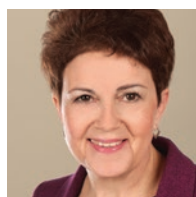
Prof. Dr. Gerhard Waschler
AK Bildung und Kultus



Norbert Dünkel
AG Förderschulen und Inklusion



Berthold Rüh
AG Sport



Gudrun Brendel-Fischer
Projektgruppe Ganztagschule



Kerstin Schreyer-Stäblein
Projektgruppe Ganztagschule



Dr. Gerhard Hopp
Sprecher für Jugendpolitik



Starke Wirtschaft

Digital in die Zukunft

Wir wollen den Prozess der Digitalisierung in Bayern gestalten und die Chancen zum Wohle der Menschen in Bayern nutzen. Mit großen Schritten treiben wir mit bis zu 1,5 Milliarden Euro den Breitbandausbau voran, um bis 2018 flächendeckend ein digitales Hochgeschwindigkeitsinternet zu schaffen. Bayern zur Leitregion des digitalen Aufbruchs zu machen, ist das Ziel der Strategie „Bayern Digital“. Daher investieren wir in den nächsten vier Jahren 500 Millionen Euro in Innovationen und digitales Know-how.

Starker Arbeitsmarkt

Bayerns erfolgreiche Politik zeigt sich auch an einem starken Arbeitsmarkt: Bayern hat im September 2015 mit 3,5 Prozent vor Baden-Württemberg mit 3,8 Prozent die im Ländervergleich mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote. Aktuell herrscht bereits in knapp der Hälfte aller Regionen Bayerns Vollbeschäftigung. Auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse hat mit 5,2 Millionen zur Mitte des Jahres 2015 einen neuen Höchststand erreicht und liegt damit 900.000 über der Marke vor zehn Jahren.

Wichtige Verkehrsprojekte

Eine leistungsfähige und gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur ist die Lebensader eines Flächenlandes wie Bayern. Wir stehen daher für eine nachhaltige Verkehrspolitik aus einer Hand, bei der Straße, Schiene, Wasser- und Luftverkehr ineinander greifen.

Energiewende vorantreiben

Wir bekennen uns zur Energiewende: Zum Umbau unserer Energieversorgung zu einem effizienten und überwiegend auf erneuerbare Energien gestützten Versorgungssystem und zum Ausstieg aus der Kernenergie bis Ende 2022. Dabei kann die Energiewende nur gelingen, wenn die Menschen und ihre Belange im Zentrum unserer Energiepolitik stehen. Oberstes Ziel ist daher eine sichere, bezahlbare und umweltverträgliche Energieversorgung für unsere Bürger und Betriebe. Wir werden den Ausbau der erneuerbaren Energien vorantreiben, um unser Ziel zu erreichen, den Anteil der Stromerzeugung aus regenerativen Energien auf 70 Prozent bis 2025 zu steigern. Auch bei der Energieeffizienz wollen wir voranschreiten. Angesichts der günstigen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung in Bayern werden wir alle Potenziale nutzen müssen, um den Stromverbrauch konstant zu halten und den Energieverbrauch insgesamt zu senken.

Nachhaltig planen und bauen

Wir bauen für die Zukunft unseres Landes. Mit unseren Bau- und Infrastrukturprojekten gestalten wir heute die Welt von morgen. Wir sichern die hohe Lebensqualität der Menschen in Bayern auch für kommende Generationen. Dazu entwickeln wir zukunftsfähige Konzepte und Strategien für die zentralen Herausforderungen der Zukunft – das energieeffiziente und ressourcenschonende Planen und Bauen, die Nachhaltigkeit bei Bau und Betrieb von

Straßen und Gebäuden und die demographischen Veränderungen.

Tourismusland Nummer Eins

Der Tourismus ist für Bayern identitätsstiftend und hat zentrale Bedeutung als Arbeits- und Wirtschaftsfaktor. Im Jahr 2014 hat das Reise-land Bayern mit 32,5 Millionen Gästeankünften und über 85,2 Millionen Übernachtungen neue Bestmarken gesetzt. Damit gehört Bayern zu den führenden Ganzjahres-Destinationen in Europa und ist das Tourismusland Nummer Eins in Deutschland.

Medien digital weiterentwickeln

Der Medien- und Filmstandort Bayern zeichnet sich durch seine Vielfalt, seine Wirtschaftskraft und sein Innovationspotenzial aus. Wir schaffen in der Medienpolitik zukunftsfähige Rahmenbedingungen, damit die Branche den digitalen Wandel in der Medienwelt erfolgreich gestalten und ihre Potenziale ausschöpfen kann. Bei einem Runden Tisch mit Vertretern aus der Medienbranche wurden konkrete Vorschläge für einen modernen Ordnungsrahmen entwickelt, der mehr Gestaltungsspielräume und weniger Regulierung zum Ziel hat. Wir arbeiten daran, diese Vorschläge in Bayern umzusetzen sowie auf nationaler und europäischer Ebene voranzubringen. Die Filmförderung in Bayern haben wir 2015 erneut aufgestockt und auf neue innovative Produktions- und Verbreitungsformen ausgeweitet. ■



Erwin Huber

AK Wirtschaft und Medien,
Infrastruktur, Bau und Verkehr,
Energie und Technologie



Hans Herold

AG Bürokratieabbau und
Behördenverlagerung



Markus Blume

AG Digitalisierung und
Medien



Karl Straub

AG Parlamentskreis
Mittelstand



Klaus Stöttner

AG Tourismus



Eberhard Rotter

AG Verkehr, Wohnungs-
und Städtebau



Michael Brückner

Sprecher für
Entwicklungspolitik



Foto: Robert Kneschke @ fotostock.com

Solidarische Gesellschaft

Verantwortungsvolle Asylpolitik

Die Asylsozialpolitik ist unter anderem vom enormen Zustrom unbegleiteter Minderjähriger nach Bayern bestimmt. Befanden sich Ende des Jahres 2014 noch etwa 3.400 unbegleitete Minderjährige in der Zuständigkeit bayerischer Jugendämter, so waren es im Oktober 2015 bereits über 13.500. Damit stehen insbesondere die Jugendämter in den Grenzregionen – speziell in München, Rosenheim, Passau und dem Berchtesgadener Land – vor gewaltigen Herausforderungen. Der Arbeitskreis für Soziales hat sich wiederholt und nachdrücklich für eine bundesweite Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen, wie sie nun Gesetz werden soll, eingesetzt. Zudem wurde eine bedarfsgerechte Absenkung der Unterbringungsstandards gefordert, um überhaupt ausreichend Kapazitäten vorhalten zu können.

Integration

Eine frühzeitige Einbeziehung der bleibeberechtigten Flüchtlinge in unsere gesellschaftlichen Strukturen ist uns ein besonderes Anliegen. Für sie wollen wir alle Chancen zur Integration schaffen. Dabei möchten wir möglichst jeden mit Sprachkursangeboten unterstützen und große Anstrengungen unternehmen, um die Flüchtlinge in allen Bereichen des Bildungswesens zu integrieren und ihnen eine schnelle Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen. Gleichzeitig müssen wir von den zugewanderten Flüchtlingen aber auch die

uneingeschränkte Anerkennung unserer Leitkultur einfordern. Ohne Respekt vor unserem Wertekonsens und unseren Grundüberzeugungen ist Integration in unserem Land nicht möglich.

Aktive Bürgergesellschaft

Bayern ist Ehrenamtland! Ein Drittel der Menschen ist ehrenamtlich aktiv. Wie beeindruckend sich Bayerns Bürgerinnen und Bürger für ihr Gemeinwesen engagieren, zeigt aktuell ganz besonders ihr unermesslicher Einsatz für die zahlreichen Flüchtlinge, die rund um die Uhr bei uns eintreffen. Den freiwilligen Helfern von THW über Rettungswesen, Feuerwehr bis hin zu den Asylkreisen und allen anderen gebührt unser aufrichtiger Dank und Respekt. Wir werden sie auch in Zukunft bestmöglich in ihrem Engagement unterstützen!

Uneingeschränkte Teilhabe für alle

Im Bereich der Behindertenpolitik standen die Beratungen zur Schaffung eines Bundes-teilhabegesetzes im Mittelpunkt. Auf unsere Initiative wurde ein umfassendes Positionspapier verabschiedet. Wesentliche Inhalte sind die Ablehnung von Leistungskürzungen für Menschen mit Behinderung, der Ausbau personenzentrierter Hilfen und die tatsächliche Entlastung der Kostenträger durch den Bund.

Familienland Bayern

In der Familienpolitik ging es einmal mehr um die Finanzierung der Kindertagesstätten.

Bereits im Juli 2014 hat die CSU-Fraktion beschlossen, den Basiswert um mehr als 60 Millionen Euro anzuheben. Der erhöhte Förderbetrag war allerdings nicht als gesetzliche, sondern als freiwillige Leistung ausgestaltet. Eine Kommune konnte die Förderung in Anspruch nehmen, wenn sie bereit war, einen Aufschlag in gleicher Höhe beizusteuern. Dieses Verfahren hat nicht zu der beabsichtigten Verbesserung des Qualitätsniveaus für die Bildungs- und Erziehungsarbeit geführt, sondern vielmehr eine weitere Auseinanderentwicklung der Rahmenbedingungen befördert. Um hier gegenzusteuern, ist die verbesserte Finanzierung auf Initiative der CSU-Sozialpolitiker dauerhaft auf eine gesetzliche Basis gestellt worden. Der allgemeine Basiswert für alle Kindertageseinrichtungen ist mit Wirkung ab 1. Januar 2015 um 53,69 Euro erhöht worden. Diese Erhöhung betrifft Freistaat und Kommunen gleichermaßen. Den Kindertageseinrichtungen stehen dadurch insgesamt mehr als 120 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Außerdem werden wir rückwirkend zum 1. Januar 2015 ein Bayerisches Landesbetreuungsgeld einführen. Damit schließen wir nahtlos an die vom Bundesverfassungsgericht aus formalen Gründen gekippte Bundesleistung an und gewährleisten, dass bayerische Eltern zu keinem Zeitpunkt leer ausgehen. ■



Joachim Unterländer
AK Arbeit und Soziales, Jugend,
Familie und Integration;
Sprecher für Fragen der
Katholischen Kirche



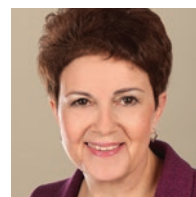
Oliver Jörg
AG Aktive Bürgergesell-
schaft / Ehrenamt



Thomas Huber
AG Demographische
Entwicklung



Martin Neumeyer
AG Integration und
Islam



Gudrun Brendel-Fischer
Sprecherin für Fragen
der Evangelischen
Kirche



Karl Freller
Sprecher für Fragen der
Israelitischen Kultusge-
meinden



Dr. Thomas Goppel
Sprecher für Senioren-
politik



Verlässlicher Staat

Solide Finanzen

Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 setzen wir die bayerische Tradition schuldenfreier Haushalte fort. Wir tilgen insgesamt eine weitere Milliarde Euro Schulden im allgemeinen Haushalt und kommen damit unserem Ziel „schuldenfreies Bayern bis 2030“ einen weiteren Schritt näher. Trotz der großen aktuellen Herausforderungen im Asylbereich bleibt der Haushalt ohne neue Schulden unsere oberste finanzpolitische Maxime.

Kommunalfreundliche Politik

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2016 sieht eine neue Rekordsumme von rund 8,45 Milliarden Euro vor. Zu den Schwerpunkten gehören der Anstieg der Schlüsselzuweisungen gegenüber 2015 um rund 63 Millionen Euro, die Anhebung der Investitionspauschale um 30 Millionen Euro und die Erhöhung der Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen als Unterstützung für besonders finanzschwache und sparwillige Kommunen um 30 Millionen Euro. Der Freistaat Bayern unterstützt damit seine Kommunen nach Kräften.

Sicheres Bayern

Bayern ist seit Jahren das sicherste Bundesland. 2014 konnten knapp zwei Drittel aller Straftaten aufgeklärt werden. In den vergangenen sechs Jahren wurden über 7.700 Nachwuchsbeamte eingestellt. Vor dem Hintergrund der terroristischen Anschläge in Paris

wurden zudem 100 zusätzliche Stellen für die bayerischen Sicherheitsbehörden geschaffen. Mit dem Einsatz anlässlich des G7-Gipfels auf Schloss Elmau haben wir bewiesen, dass gut ausgebildete und ausgestattete Einsatzkräfte auch außergewöhnliche Großereignisse vorbildlich bewältigen können. Zudem sind im Doppelhaushalt 2015/2016 für die Feuerwehren 75,6 Millionen Euro vorgesehen.

Bezahlbares Wohnen

Uns ist es ein wichtiges Anliegen, dass auch weniger wohlhabenden Bürgerinnen und Bürgern angemessene und qualitativ gute Wohnungen zur Verfügung stehen. Dies unterstützen wir zum Beispiel mit der Förderung von Mietwohnungen und selbst genutzten Eigenheimen, dem Bau von Studentenwohnheimen und behindertengerechten Wohnungen oder mit dem Wohngeld.

Attraktiver öffentlicher Dienst

Mit dem Stellenhebungspaket im Doppelhaushalt 2015/2016 und der zeit- und inhaltsgleichen Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamtinnen und Beamten führen wir unsere verlässliche Beamtenpolitik fort. Einen Meilenstein der Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben wir mit der fiktiven Laufbahnnachzeichnung gesetzt, wodurch unter anderem bei Freistellungen wegen Elternzeit oder aus familiären Gründen die Laufbahn entsprechend der durchschnittlichen Entwicklung vergleichbarer

Beamtinnen und Beamten fortgeschrieben wird. Damit stärken wir insbesondere die Karrierechancen von Frauen.

Effektive und bürgernahe Justiz

Damit die bayerische Justiz auch in Zukunft hervorragende Arbeit leisten kann, schaffen wir alleine 2016 260 neue Stellen. Darunter sind zahlreiche Richter und Staatsanwälte, aber auch viele Bedienstete für den Justizvollzug und einige Spezialisten zur Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs.

Wichtige Partner: Bund und Europa

Europa muss sich auf die großen Herausforderungen konzentrieren. Dies gilt vor allem für die Flüchtlingskrise. Wir fordern eine solidarische und faire Verteilung und Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge durch die EU-Mitgliedstaaten. Daneben setzen wir uns für eine ausgewogene Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) ein. Ein erfolgreicher Abschluss der TTIP bietet große Chancen für die Verbraucher und die bayerische Wirtschaft und wäre ein starker Impulsgeber für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Dabei gilt es jedoch, mögliche Risiken für die hohen europäischen Schutzstandards auszuschließen. ■



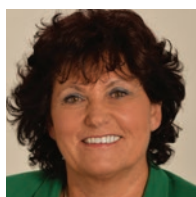
Peter Winter
AK Staatshaushalt und
Finanzfragen



Petra Guttenberger
AK Verfassung, Recht
und Parlamentsfragen



Dr. Florian Herrmann
AK Kommunale Fragen,
Innere Sicherheit und
Sport



Ingrid Heckner
AK Fragen des
öffentlichen Dienstes



Sylvia Stierstorfer
AK Eingaben und
Beschwerden



Dr. Franz Rieger
AK Bundes- und Europa-
angelegenheiten sowie
regionale Beziehungen



Manfred Ländner
Sprecher für
Polizeifragen



Foto: racorn @ shutterstock.de

Nachhaltige Umwelt und beste Gesundheit

Nachhaltige Umweltpolitik und effektiver Verbraucherschutz

Mit unserer Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik haben wir Bayerns einzigartige Natur und Landschaft, saubere Luft und reines Trinkwasser für unsere Bürger im Fokus. Die Leitlinie „Freiwilligkeit, Eigenverantwortung und Kooperation vor Ordnungsrecht“ im Umweltbereich, effektive Lebensmittelkontrollen sowie eine fundierte Verbraucheraufklärung sind hierbei unsere Erfolgsrezepte.

Beste Trinkwasserversorgung

Bayern zeichnet sich unter anderem durch eine hochqualitative und bezahlbare Wasserver- und Abwasserentsorgung aus. Die Preise für Trinkwasser und für die Abwasserentsorgung liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Mit einem Anschlussgrad der Haushalte an öffentliche Trinkwasserversorgungsanlagen von über 99 Prozent und an öffentliche Abwasseranlagen von rund 97 Prozent ist die Ersterschließung in Bayern nahezu abgeschlossen. Diese zum Teil bereits mehrere Jahrzehnte alten Anlagen müssen nun dauerhaft in einem guten und funktionsfähigen Zustand gehalten werden.

Vorbildlicher Klimaschutz

Bayern investiert in den Klimaschutz mehr als jedes andere Bundesland: Von 2008 bis 2014 bereits über eine Milliarde Euro. Im Doppelhaushalt 2015/2016 stehen dafür fast 170 Millionen Euro bereit. Damit werden die

energetische Sanierung staatlicher Gebäude, die Energietechnologie und die Energieprogramme vorangetrieben. Ebenfalls gefördert werden unter anderem Projekte zur Bioenergie, nachwachsende Rohstoffe und Maßnahmen im kommunalen Bereich.

Hochwasserschutz im Fokus

Für den im Zuge des Klimawandels immer bedeutender werdenden Schutz der Bevölkerung und der Infrastruktur vor Hochwasserereignissen hat der Freistaat Bayern im Jahr 2013 sein ohnehin schon umfangreiches Hochwasserschutz-Aktionsprogramm 2020 erweitert. Insgesamt investiert Bayern von 2001 bis 2020 hier zusammen mit den Maßnahmen beim Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen 3,4 Milliarden Euro. Seit 2001 wurden mit über 1,8 Milliarden Euro schon 450.000 Anwohner vor Hochwassergefahren geschützt.

Einsatz für beste Gesundheit

Wir begleiten die Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene – etwa das GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, das Krankenhausstrukturgesetz oder die Pflegestärkungsgesetze – aus bayerischer Sicht. Wir kümmern uns außerdem um die Situation der freiberuflichen Hebammen, die Förderung der Organspende, die Stärkung der Prävention, die Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen und die Gesundheitswirtschaft. Dazu gehören auch die 47 hochprädi-

tisierten Kur- und Heilbäder sowie anerkannten Heilquellen, die dazu beitragen, dass Bayern die Nummer Eins in Sachen Gesundheit ist. Für Krankenhausbauvorhaben stellen wir jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung. Wir setzen uns für eine Verbesserung bei den Betriebskosten der Krankenhäuser ein und stehen hierfür auch in engem Kontakt mit den auf Bundesebene zuständigen Akteuren. Darüber hinaus wollen wir effektive Hilfe für Suchtkranke, lehnen aber die Legalisierung von Cannabis als Genussmittel strikt ab.

Qualität der Pflege

Der Bedarf an Pflegekräften wird stark zunehmen – gleichzeitig gilt unser Augenmerk der Qualität in der Pflege. Wir brauchen deshalb verbesserte Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte – dies gilt ausdrücklich auch für deren Vergütung – und müssen den Pflegeberuf attraktiver gestalten. Deshalb haben wir zum Beispiel für eine Entbürokratisierung in der Pflegedokumentation oder die Verbesserung der Schnittstelle zwischen Krankenhaus und Pflegeheim gesorgt. Außerdem setzen wir uns für das Ansehen des Pflegeberufes sowie für eine attraktive und zukunftsweisende Ausbildung in der Pflege ein. ■



Dr. Otto Hünnerkopf
AK Umwelt und Verbraucherschutz



Bernhard Seidenath
AK Gesundheit und Pflege



Eric Beißwenger
Sprecher für Verbraucherschutz



Foto: Alexander Raiths @ fotolia.com



Vielseitige Landwirtschaft

Zukunftsmodell Familienbetriebe

Wir setzen uns für optimale Rahmenbedingungen für unsere Familienbetriebe ein und kämpfen seit jeher für deren Interessen. Unser Ziel ist es, allen Betrieben – unabhängig von Größe und Bewirtschaftungsform – Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Bei der Ausgestaltung unserer Politik achten wir darauf, dass die Leistungen der Familienbetriebe gewürdigt werden. So ist es uns gelungen, bei den EU-Direktzahlungen einen Zuschlag für die ersten Hektare durchzusetzen. Damit fließen unseren bayerischen Landwirten jährlich 43 Millionen Euro mehr an EU-Direktzahlungen zu. Außerdem haben wir in Bayern als einziges Bundesland die gekürzten EU-Mittel voll mit Landesmitteln ausgeglichen. Allein für 2015 macht das 24 Millionen Euro aus. Darüber hinaus haben wir dafür gesorgt, dass eine breite Palette an praxisnahen Förderprogrammen angeboten wird. Das neue Kulturlandschaftsprogramm wurde dabei noch gezielter auf Gewässer- und Klimaschutz, Biodiversität, Ökolandbau und Tierwohl ausgerichtet. Mit jährlich rund 200 Millionen Euro zählt es europaweit zu den größten Agrarumweltprogrammen. Auf mehr als einer Million Hektar (= rund ein Drittel der Landesfläche) nehmen unsere Bauern die vielfältigen Angebote wahr. Auch das neu konzipierte bayerische Investitionsförderprogramm, das die Umstellung auf besonders tiergerechte Haltungsformen nach dem Motto „Je mehr Tierwohl, desto höher der

Zuschuss“ fördert, findet breite Akzeptanz. Bei groben Marktungleichgewichten setzen wir uns für wirksame Kriseninstrumente ein.

Keine neuen unverhältnismäßigen Auflagen

Neue Auflagen können wir nur mittragen, wenn die Ziele auf freiwilliger Basis nicht umsetzbar sind. Dabei müssen wir darauf achten, dass die Vorschriften praxisnah und nachhaltig umgesetzt werden können, zum Beispiel bei der Düngeverordnung. Überzogene Auflagen, die einen Strukturwandel durch die Hintertüre provozieren, lehnen wir weiterhin ab.

Wald und Jagd

Unsere Wälder, wie wir sie heute erleben, sind das Ergebnis verantwortungsvoller, naturnaher Waldbewirtschaftung und eine Bestätigung, dass Schützen und Nutzen kein Widerspruch sind. Ausweisungen von großflächigen Schutzgebieten ohne Berücksichtigung der Bedürfnisse der Grundeigentümer sind völlig inakzeptabel. Mit dem Aktionsjahr Waldnaturschutz 2015 konnten Bürgerinnen und Bürger noch mehr über die vielfältigen Funktionen des Waldes erfahren und Waldnaturschutz erleben. Bauern und Jäger sollen den Wald auch in Zukunft gemeinsam nutzen und schützen.

Gesunde Ernährung

Eine weitere politische Aufgabe ist eine gesunde, den modernen Lebensentwürfen an-

gepasste Ernährung. Mit dem Schulobst- und -gemüseprogramm und dessen Ausweitung im letzten Schuljahr auf Kindertagesstätten haben wir schon einen entscheidenden Schritt in die richtige Richtung gemacht. ■



Angelika Schorer
AK Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten



Foto: ChristArt @ fotolia.com

Mehr Informationen zu unseren
Arbeitskreisen und -gruppen finden Sie unter:

www.csu-landtag.de





Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

Demographische Entwicklung

Die Gleichwertigkeit der Lebens- und Arbeitsbedingungen hat in Bayern Vorrang. Für dieses Ziel setzen wir uns ein. Wir initiieren Fachkongresse im Landtag und formulieren Handlungsaufträge an die Politik, um die Folgen des demographischen Wandels abzumildern. Ballungsräume und ländliche Räume sind nur zwei Seiten einer Medaille. Wir entwickeln Konzepte, um einerseits positive Impulse in Regionen zu setzen, die von einer negativen Bevölkerungsentwicklung betroffen sind. Andererseits sollen die Ballungsräume entlastet werden. Daher unterstützen wir auch die Heimatstrategie der Staatsregierung, mit der unter anderem in den nächsten fünf bis zehn Jahren mehr als 3.000 Studierende, Beschäftigte und Beamte in strukturschwächere Räume wechseln sollen.

Erfolgreiche Behördenverlagerung

Das wichtige Projekt Behördenverlagerung haben wir intensiv begleitet. Am Ende stand ein schlüssiges Gesamtkonzept, das jetzt sowohl für die Regionen als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sinnvoll umgesetzt wird. Damit wollen wir nicht nur sichere Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen, sondern auch als Vorbild für die Wirtschaft dienen und die Infrastruktur des ländlichen Raums stärken.

Beste Gesundheitsversorgung auch in der Fläche

Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung in der Fläche ist uns ein wichtiges Anliegen. Besonders mit Blick auf den demographischen Wandel sowohl in der Bevölkerung als auch unter Medizinerinnen und Medizinern gilt es, rechtzeitig um Nachwuchs zu werben. Mit einem Förderprogramm über 27 Millionen Euro werden hierfür seit 2012 die Niederlassung von Haus- und Fachärzten, Stipendien für Medizinstudierende und innovative medizinische Versorgungskonzepte im ländlichen Raum unterstützt. Rund 400 Krankenhäuser in Bayern mit über 26.000 Ärztinnen und Ärzten gewährleisten eine hochwertige und flächendeckende Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger im stationären Bereich.

Regionalisierung der Hochschullandschaft

Wir investieren nicht nur in Universitäten und Hochschulen in den Ballungsräumen. Wir fördern auch die Wissenschaft und den Technologietransfer im ganzen Land. Für 2015 und 2016 stehen rund 75 Millionen Euro für neue Wissenschaftsangebote bereit, die nun in enger Abstimmung zwischen den Kommunen, der regionalen Wirtschaft und den Hochschulen für angewandte Wissenschaften entwickelt werden. So werden Begabungspotenziale und Chancen in allen Teilen des Landes genutzt.

Kultur für Bayern

Wir sind stolz auf unsere in allen Regionen Bayerns einzigartig reiche Kulturlandschaft: Von Franken bis nach Niederbayern, von Schwaben bis zur Oberpfalz. Das 2012 aufgelegte Kulturkonzept wurde mit dem Doppelhaushalt 2015 und 2016 fortgeschrieben und auch im Nachtragshaushalt 2016 wollen wir weitere deutliche Impulse setzen, damit Bayern auch in Zukunft kulturell Maßstäbe setzt: mit seinen Denkmälern, Museen, den großen Weltorchestern und den kleinen Ensembles, mit Theatern und Kleinkunstabühnen, mit farbenprächtigen Trachten und zünftiger Laien- und Blasmusik.

Enquete-Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern

Den Menschen in allen Regionen Bayerns Teilhabe, bestmögliche Chancen und Möglichkeiten zur Entfaltung ihrer Talente zu bieten, ist eines der Leitziele unserer Politik. Mit einer Arbeitslosenquote, die in allen Landesteilen deutlich niedriger ist als der Bundesdurchschnitt, sind wir bereits auf einem guten Weg. Auch im Rahmen der vom Bayerischen Landtag eingesetzten Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ setzen wir uns dafür ein, Bereiche mit konkretem Handlungsbedarf zu identifizieren und zielgerichtete Handlungsstrategien für Verbesserungen zu entwickeln. Dabei befassen wir uns mit einem breiten Spektrum von Themen: Von der Wirtschaft über Bildung und Finanzen bis hin zu Kultur und medizinischer Versorgung. ■



Berthold Rüth
Enquete-Kommission



Hans Herold
AG Bürokratieabbau und
Behördenverlagerung



Thomas Huber
AG Demographische
Entwicklung



Bernhard Seidenath
AK Gesundheit und
Pflege



Oliver Jörg
AK Wissenschaft und
Kunst

Frauen

Starke Frauen – Starkes Bayern

Unser Ziel ist die Chancengerechtigkeit zwischen Frauen und Männern. Ob in der Wirtschaft, Politik, Wissenschaft oder in der Gesellschaft, in keinem Bereich können wir auf das Potenzial von Frauen oder Männern verzichten. Deshalb setzen wir uns besonders für gerechte Lohnverteilung und für mehr Frauen in Berufen, in denen aktuell überwiegend Männer arbeiten, ein.

Im Vordergrund steht für uns echte Wahlfreiheit: Karriere und Familienleben dürfen sich nicht gegenseitig ausschließen. Vor diesem Hintergrund führen wir eine Gesprächsreihe mit den Gleichstellungsbeauftragten unterschiedlicher Ressorts. Der Austausch über zentrale Themen wie „Führen in Teilzeit“ oder „Wiedereinstieg nach Familienpausen“ steht hier im Mittelpunkt.

Gerade in der aktuellen Flüchtlingssituation müssen wir auch unser modernes Frauenbild wieder stärker in den Fokus rücken. Bei der Integration der Menschen, die zu uns kommen, legen wir deshalb von Anfang an größten Wert auf die Vermittlung unserer Wertvorstellungen und unserer Rechtsordnung, die für uns definitiv nicht verhandelbar sind. ■



Dr. Ute Eiling-Hütig
AG Frauen

Junge Gruppe

Nachhaltige Zukunft

Den jungen Abgeordneten der CSU-Fraktion liegt die Zukunft der kommenden Generationen besonders am Herzen. Bayerns Erfolgsweg muss vor allem auch für sie fortgeschrieben werden!

Die aktuellen Herausforderungen in der Flüchtlingsthematik zeigen, wie sehr sich internationale Herausforderungen vor Ort auswirken. Für die Zukunft unseres Landes und die Gestaltungsmöglichkeiten der jungen Generation ist es wichtig, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken und sich rechtzeitig mit globalen Entwicklungen und ihren langfristigen Auswirkungen zu beschäftigen. Die Fluchtursachen werden wegen der vielen Konfliktherde nicht weniger und weitere Millionen Menschen sind wegen des Klimawandels in ihrem Lebensumfeld bedroht – allein durch den Anstieg des Meeresspiegels weltweit 150 Millionen. Auch wir und vor allem die kommenden Generationen werden mit diesen Auswirkungen zu tun haben.

In Gesprächen mit Experten der internationalen Bühne hat die Junge Gruppe die aktuelle weltpolitische Lage, deren Auswirkungen auf uns und die Rolle Europas behandelt. Wir brauchen ein verstärktes Monitoring, um rechtzeitig auf Krisen vor Ort reagieren zu können, anstatt später Krisenmanagement bei uns leisten zu müssen. ■



Dr. Martin Huber
AG Junge Gruppe

Vertriebene, Aussiedler und Partnerschaftsbeziehungen

Nachbarn im Herzen Europas

Rund 400 Gäste folgten im Mai der Einladung zum Empfang „70 Jahre Flucht und Vertreibung“ der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, darunter zahlreiche Vertreter der Landsmannschaften und Vertriebenenverbände. Neben Gesprächen unter anderem zum „Sudetendeutschen Museum“ haben wir das Haus des Deutschen Ostens in München sowie das Kunstforum Ostdeutsche Galerie in Regensburg besucht. Im Rahmen einer Initiative konnten zudem erhebliche zusätzliche Mittel für die Kultureinrichtungen der Vertriebenen bereitgestellt werden. Als erste Besuchergruppe waren wir in der Repräsentanz Bayerns in Prag. Besonders wichtig war dort der persönliche Kontakt zu Vertretern der Sudetendeutschen, des Kulturverbandes der Bürger deutscher Nationalität, der Landesversammlung der Deutschen sowie der Ackermannsgemeinde. ■



Josef Zellmeier
AG Vertriebene, Aussiedler,
Partnerschaftsbeziehungen

Wehrpolitik



Johannes Hintersberger
AK Wehrpolitik

CSU-Fraktion als verlässlicher Partner der Bundeswehr

Dieses Jahr feiert unser Arbeitskreis Wehrpolitik sein 30-jähriges Bestehen. Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen, MdB, bezeichnete Bayern in ihrer Festrede als Premiumpartner der Bundeswehr. Nach zahlreichen wehrpolitischen Expertengesprächen, Truppenbesuchen und Besuchen bei wehrtechnischen Unternehmen können wir stolz sagen: zu Recht.

Ein besonderes Anliegen ist uns die feste Verankerung der Bundeswehr in der Bevölkerung. Deswegen fordern wir, die Zahl der Re-

servisten deutlich zu erhöhen. Und wir unterstützen die Arbeit der Jugendoffiziere, die als Referenten für Sicherheitspolitik einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung leisten.

Für Bayern als führenden Innovationsraum ist eine strategische Wehrtechnik von zentraler Bedeutung. Wir treiben deswegen die Forschung voran und setzen uns dafür ein, dass Bayern weiter Standort für Spitzentechnologie in ihrer ganzen Breite bleibt. ■



TAG DER OFFENEN TÜR IM BAYERISCHEN LANDTAG 2014

[1] Bayern virtuell – Landschaften, Baudenkmäler und Visionen in Stereo-3D: Bei der Vorführung von Prof. Gerd Hirzinger kamen Groß und Klein ins Staunen. [2] Direkter Draht zur Politik: Viele Bürger nutzten die Möglichkeit, sich mit unseren Politikern – wie hier mit Fraktionschef Thomas Kreuzer – auszutauschen. [3] Politalk mit Staatssekretär Georg Eisenreich, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gudrun Brendel-Fischer und Thomas Kreuzer. [4] Landtagspräsidentin Barbara Stamm und der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Karl Freller im Gespräch mit einer Bürgerin. [5] Spannende Kickerpartien in der Fraktionslounge. [6] Großer Auftritt im Plenum: Die Besucher konnten sich vor unserer Promi-Fotowand in Szene setzen.

VERANSTALTUNGEN DES PARLAMENTARISCHEN JAHRES 2015

[1] Zum Thema „Quo vadis Cyber Security?“ diskutierten Dr. Florian Herrmann, MdL, Rachel Whetstone, Senior Vice President Communications and Policy Google, Markus Blume, MdL, Dr. Wieland Holfelder, Leiter Google Entwicklungszentrum, und Julia Obermeier, MdB. [2] Vertreter der Arbeitsgruppe Förderschulen und Inklusion der CSU-Fraktion mit Irmgard Badura, Beauftragte der Staatsregierung für die Belange von Menschen mit Behinderung. [3] In einem Gedenkakt am 27. Januar würdigte der Bayerische Landtag, die Staatsregierung und die Stiftung Bayerische Gedenkstätten gemeinsam die Opfer des Holocaust. Berührender Höhepunkt der Zeremonie war der Auftritt des Auschwitzüberlebenden Max Mannheimer, der mahnte, die Errungenschaften einer freien Gesellschaft nicht als Selbstverständlichkeit zu betrachten und dies auch der jeweils nächsten Generation zu ver-



mitteln. [4] Generalsekretär Andreas Scheuer, MdB, präsentiert den neuen Bayernkurier. [5] Deutlich verjüngt war das Plenum beim jugendpolitischen Empfang der CSU-Fraktion: [6] In Workshops zu den Themen Sport, Kultur und Ehrenamt gaben Experten aus der Praxis Einblicke in ganz unterschiedliche Bereiche gesellschaftlichen Engagements.



7



8



9



10



11



12



13



14



15



16



17



18



19



20



21

[7] Zum Auftakt des diesjährigen Faschings empfing Landtagspräsidentin Barbara Stamm Faschnachts-Vereine aus ganz Bayern. [8] Der Arbeitskreis Wehrpolitik feierte 2015 sein 30-jähriges Bestehen und beging dieses Jubiläum mit einem Festakt im Bayerischen Landtag. Auch Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen war zu Gast. Johannes Hintersberger, Vorsitzender des AK Wehrpolitik, überreichte ihr das Jubiläums-Lebkuchenherz. [9] Im Anschluss an den Festakt nahm sich die Bundesministerin noch Zeit für Gespräche mit den Gästen. [10] Ein starkes Team für den Süden: Nach einem Gespräch mit Guido Wolf, Spitzenkandidat der CDU bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg, war noch Zeit für ein Match am Fraktionskicker. [11] Diskussionsrunde bei unserer Veranstaltung „70 Jahre Flucht und Vertreibung“ im Mai. [12] Auftritt der Tanz- und Folkloregruppe „Ihna“. [13] Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Frauen der CSU-Fraktion im Austausch mit Unternehmerinnen. [14] Beim Sommerempfang für die Justiz lobte Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback den Einsatz der Justiz-Mitarbeiter in Bayern. [15] Fachgespräche beim Justizempfang im Bayerischen Landtag. [16] Anlässlich des Münchner Filmfests brachte die CSU-Fraktion in bewährter Tradition Politik und Filmbranche zusammen. [17] Eine Torte zum Jubiläum überreichten Fraktionsvorsitzender Thomas Kreuzer und Ministerpräsident Horst Seehofer Landtagspräsidentin Barbara Stamm. [18] Diskussion zum Thema „Kulturland Bayern“ bei der diesjährigen „Sommerlounge“. Mit dabei: Dr. Martin Huber, Vorsitzender der Jungen Gruppe der CSU-Fraktion, Jazz-Musikerin und -Komponistin Monika Roscher, Filmproduzent Simon Amberger und Kabarettist Christian Springer. [19] Erfolgreiche Spendenaktion: Landtagspräsidentin Barbara Stamm und Dr. Martin Huber überreichten einen Scheck über 3.600 Euro für den gemeinnützigen Verein Orientheifer e.V. [20] Regierungserklärung zur Flüchtlingspolitik im Oktober 2015: Ministerpräsident Horst Seehofer forderte deutliche Signale vom Bund zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. [21] Sportempfang im Landtag auf Initiative von Berthold Rüth.

... im Netz geht's weiter.



KONTAKT:

CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
Max-Planck-Straße 1
81675 München

Telefon: 089 / 41 26 - 22 82

E-Mail: csu@csu-landtag.de

IMPRESSUM:

Herausgeber

CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
Maximilianeum
81627 München

Verantwortlich

Öffentlichkeitsarbeit der CSU-Fraktion
Stephanie Bachmann

Redaktion

Dr. Josef Widmann, Stephanie Bachmann,
Stefanie Ritthammer und die weiteren
Referenten der Fraktionsgeschäftsstelle

Layout / Grafik / Bilder

Holger Prawitt; Fotos u. a. Kerstin Netz
Christina Steinbacher

Druck

Druck + Verlag Ernst Vögel GmbH